Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2025/5151

28.10.2025

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Empfehlungen der organisierten Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Krise der Lebenshaltungskosten

(Initiativstellungnahme)

(C/2025/5151)

Berichterstatter: **Krister ANDERSSON**
Berichterstatter: **Krzysztof BALON**
Berichterstatter: **Thomas KATTNIG**

Berater	Tellervo KYLÄ-HARAKKA-RUONALA (für den Berichterstatter Krister ANDERSSON) Kamila PŁOWIEC (für den Berichterstatter Krzysztof BALON) Peter HILPOLD (für den Berichterstatter Thomas KATTNIG)
Beschluss des Plenums	5.12.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
Annahme im Arbeitsorgan	4.7.2025
Verabschiedung im Plenum	17.7.2025
Plenartagung Nr.	598
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/ Enthaltungen)	170/3/1

Präambel

Diese Stellungnahme ist Teil eines größeren Pakets von Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur Lebenshaltungskostenkrise. Im Rahmen dieses Pakets untersucht der EWSA die verschiedenen Facetten dieser politischen Herausforderung und legt den europäischen und nationalen politischen Entscheidungsträgern, Organisationen der Zivilgesellschaft und sonstigen Interessenträgern umfassende und weitreichende Empfehlungen vor. Das Paket besteht aus sieben Einzelstellungnahmen ([1]), die sich jeweils mit einem konkreten Politikbereich befassen. Zusätzlich werden in einer Rahmenstellungnahme ([2]) übergreifende politische Empfehlungen zur Bewältigung der Lebenshaltungskostenkrise insgesamt und zur Stärkung der Resilienz gegenüber künftigen Krisen formuliert.

([1]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Reindustrialisierung Europas — Chancen für Unternehmen, Beschäftigte und Bürger vor dem Hintergrund der Krise der Lebenshaltungskosten (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/4206, 20.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4206/oj), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Die Krisen überwinden — Maßnahmen für eine resiliente, von Zusammenhalt geprägte und inklusive europäische Wirtschaft (Initiativstellungnahme)“ (ABl. C, C/2025/3195, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3195/oj), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Funktionale Schwachstellen des Binnenmarktes als Ursache für steigende Lebenshaltungskosten (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/3189, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3189/oj), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Subventionen für fossile Brennstoffe abbauen und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern, die Lebenshaltungskostenkrise eindämmen und einen gerechten Übergang fördern (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/3191, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3191/oj), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Fragmentierung von Lieferketten und Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/4209, 20.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4209/oj), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Kaufkraftverlust und Gefahr zunehmender Ungleichheit, Ausgrenzung und Marginalisierung — mögliche Abhilfemaßnahmen (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/4208, 20.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4208/oj), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Preiserhöhungen für Verkehr, Energie und Wohnraum: hochwertige öffentliche Dienstleistungen zur Bewältigung der hohen Lebenshaltungskosten (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/3192, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3192/oj).

([2]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Empfehlungen der organisierten Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Krise der Lebenshaltungskosten (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/5151, 28.10.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/5151/oj).

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

1.1. Seit 2021 erleben die Bürger in Europa einen Anstieg der Lebenshaltungskosten, der auch die Energie- und Lebensmittelpreise sowie die Wohnkosten betrifft und mit einem allgemeinen Preisanstieg einhergeht. Trotz der bisher eingetretenen wirtschaftlichen Erholung bleiben die Preise hoch, und die geopolitische Unsicherheit bringt Gefahren mit sich, die zu neuen Preissteigerungen führen können.

1.2. Nach Auffassung des EWSA muss die EU deshalb gut vorbereitet sein, um möglichen nachteiligen Entwicklungen bei den Lebenshaltungskosten rechtzeitig vorzubeugen und entgegenzuwirken. Vorrangiges Ziel ist die Krisenprävention, die jedoch mit einer Verbesserung der Resilienz gegen Risiken und schließlich der Abmilderung der Auswirkungen einhergehen muss. Die Bewältigung der Krisen erfordert sowohl strukturelle und langfristige als auch dringende und einmalige Maßnahmen.

1.3. Erschwingliche hochwertige Dienstleistungen von allgemeinem Interesse für alle sind wichtig, um die Lebenshaltungskosten zu senken. Der EWSA fordert Zusammenarbeit und eine zweckmäßige Aufgabenverteilung zwischen dem öffentlichen, dem gemeinnützigen und dem privaten Sektor. Er betont ferner, wie wichtig angemessene Investitionen und eine angemessene Finanzierung sowie die Entwicklung innovativer Anreize sind.

1.4. Energiepreise sind für Haushalte und Unternehmen von großer Bedeutung. Der EWSA hat sich für eine grundlegende Reform ([3]) des Energiemarktes ausgesprochen, um niedrigere und stabilere Energiepreise sicherzustellen. Er fordert zudem gut konzipierte Reformen bei der Energiebesteuerung und einen Ausstieg aus Subventionen für fossile Brennstoffe, der sich nach dem Ausmaß der verursachten Schäden richtet. Dabei gilt es, die Kosten für Haushalte und Unternehmen zu reduzieren und so die Schwächsten zu unterstützen und Investitionen in Energiesysteme mit geringen CO_2-Emissionen sowie FuI zu fördern.

1.5. Starke Produktionskapazitäten in Europa sind zunehmend wichtig für die Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit und Resilienz gegenüber externen Preissteigerungen. Der EWSA fordert eine moderne, innovationsorientierte und umfassende Industriepolitik, die die Reindustrialisierung Europas vorantreibt. Im Interesse wettbewerbsfähiger Produktionskosten muss für faire Energie- und Rohstoffpreise gesorgt werden. Wichtig ist zudem ein besserer Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten, auch für KMU und Unternehmen der Sozialwirtschaft.

1.6. Der EWSA betont, dass die Rechtsvorschriften vereinfacht, die Genehmigungsverfahren beschleunigt und der nichtproduktive Verwaltungsaufwand verringert werden müssen, um die Kosten zu senken und Anreize für Innovation, Investitionen und Handel zu schaffen, ohne dabei die Sozial- und Umweltstandards zu senken.

1.7. Der Binnenmarkt ist für die EU-Bürger von unschätzbarem Wert, da er ein breiteres Produktangebot zu niedrigeren Preisen zur Verfügung stellt und auch wirtschaftliche Sicherheit gegen externe Preisschocks bietet. Der EWSA fordert nachdrücklich die Beseitigung funktionaler Schwachstellen des Marktes, indem die bestehenden Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln wirksam durchgesetzt und die noch bestehenden Hindernisse für alle vier Freiheiten sowie für die fünfte Freiheit von Innovation und Bildung abgebaut werden.

1.8. Zur Sicherung angemessener Preise müssen außerdem günstige Bedingungen für einen nachhaltigen und fairen Handel geschaffen werden. Der EWSA fordert die aktive Stärkung von Handelsabkommen und Wirtschaftspartnerschaften unter gebührender Berücksichtigung der Sozial- und Umweltstandards, um neue Märkte zu erschließen und die Lieferketten zu diversifizieren und so die Anfälligkeit für protektionistische Handelsmaßnahmen und deren Auswirkungen auf die Preise zu verringern.

1.9. Der EWSA hält es für wichtig, dafür zu sorgen, dass Strategien und Maßnahmen, die sich auf die Lebenshaltungskosten auswirken, fair und effizient sind, unabhängig davon, ob sie den grünen und den digitalen Wandel, die Wertschöpfungsketten, die soziale Sicherheit, die Besteuerung oder andere relevante Themen betreffen. Dies bedeutet, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte ganzheitlich berücksichtigt werden müssen, sodass eine positive Wechselwirkung eintritt.

1.10. Hohe Lebenshaltungskosten treffen die Schwächsten am härtesten, was die Ungleichheiten verstärkt. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten auf, auf der Grundlage von angemessener Überwachung und Folgenabschätzungen konkrete Unterstützungsmaßnahmen zum Schutz der am stärksten benachteiligten Gruppen zu ergreifen. Bei der Gestaltung von Maßnahmen zur Bewältigung der Lebenshaltungskosten muss auch den langfristigen Auswirkungen auf künftige Generationen gebührend Rechnung getragen werden.

([3]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Die Zukunft der Stromversorgung und Strombepreisung in der EU (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/1187, 21.3.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1187/oj).

1.11. Besondere Anstrengungen müssen sich auf die Bereitstellung von angemessenem und erschwinglichem Wohnraum für verschiedene Bedürfnisse, auch für junge Menschen, konzentrieren. Um den Bau und die Renovierung von Wohnraum zu beschleunigen, sind Innovationen und eine angemessene Flächennutzungsplanung erforderlich. Der soziale Wohnungsbau sollte gefördert werden, damit erschwinglicher Wohnraum für alle zur Verfügung steht.

1.12. Der EWSA betont, dass die Förderung der Schaffung guter Arbeitsplätze und einer auskömmlichen und inklusiven Vollbeschäftigung ein grundlegendes Mittel ist, um für wirtschaftliche und soziale Resilienz gegenüber Preiserhöhungen zu sorgen. Dies erfordert günstige Rahmenbedingungen für Unternehmertum und Unternehmen, einschließlich der Unterstützung der Entwicklung der Sozialwirtschaft. Letzteres ist von entscheidender Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen für diejenigen, die keinen Zugang zum primären Arbeitsmarkt haben.

1.13. Der EWSA betont, dass Bildung und Kompetenzentwicklung von entscheidender Bedeutung sind, wenn es darum geht, den Einzelnen in die Lage zu versetzen, einen guten Arbeitsplatz und ein besseres Einkommen zu erlangen. Ein gut funktionierender sozialer Dialog und gut entwickelte Tarifverhandlungen im Einklang mit den nationalen Verfahren und der Autonomie der Sozialpartner sind zentrale Instrumente, um die arbeitsbezogenen Fragen der Kaufkraft anzugehen und so zum sozialen Zusammenhalt und zu einem menschenwürdigen Leben für alle beizutragen. Der zivilgesellschaftliche Dialog wiederum ist erforderlich, damit die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung der Maßnahmen, die sich auf ihre Lebensbedingungen auswirken, einbezogen werden.

1.14. Der EWSA betont, dass die Bewältigung der Lebenshaltungskosten sowohl öffentliche als auch private Investitionen in Innovation und Infrastruktur erfordert, die Wohnraum, Energie, digitale Systeme und Verkehrssysteme, Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Dienste sowie Sicherheit und Verteidigung abdecken. Um das breite Spektrum der notwendigen Investitionen in das Gemeinwohl finanzieren zu können, müssen eine höhere Produktivität und ein robustes Wirtschaftswachstum konsequent gefördert und gleichzeitig tragfähige und transparente öffentliche Finanzen gesichert werden.

2. **Jüngste Entwicklungen bei den Lebenshaltungskosten**

2.1. Seit 2021 erleben die Bürger in Europa und weltweit einen Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise, der Wohn- und Verkehrskosten sowie der Gebühren für öffentliche Dienstleistungen, die mit einem allgemeinen Anstieg der Preise für Waren und Dienstleistungen einhergehen. Diese Entwicklungen gefährden die Einhaltung der Werte der Europäischen Union, einschließlich des Schutzes der Menschenwürde, und der Bestimmungen der Europäischen Säule sozialer Rechte. Das beeinträchtigt die Lebensbedingungen der Menschen und die gesellschaftliche und politische Stimmung. In einigen Ländern bieten populistische Bewegungen nun schnelle und einfache, aber nicht umsetzbare Lösungen für die sehr komplexe Kausalkette an.

2.2. Der rasche Anstieg der Energiepreise im Zuge des russischen Angriffskriegs und der Invasion der Ukraine trug zur Inflation und dadurch zum Rückgang der Reallöhne bei. Die Kosten für Grundnahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs sind tendenziell am stärksten gestiegen, so dass vor allem Geringverdiener Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen. Dies geht mit verstärkter Energiearmut und damit verbundenen negativen Entwicklungen der wirtschaftlichen Bedingungen und des Zugangs zu erschwinglichen grundlegenden Dienstleistungen einher. Diese Entwicklungen veranlassten die Regierungen zum Handeln, nicht zuletzt um Ungleichheiten und eine ungerechte Verteilung der Lasten zu verhindern.

2.3. Wie die Kommission berichtet ([4]), blieben die Gesamtzahlen in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung trotz der Probleme allerdings überraschend robust. Die Gesamtinflation wird Prognosen zufolge im Laufe des Jahres 2025 wieder in die Nähe des mittelfristigen Ziels rücken und 2026 weiter zurückgehen, da der Druck auf die Lieferketten und die Energiekosten nachlässt ([5]). Unter den derzeitigen geopolitischen Bedingungen kann es jedoch dazu kommen, dass diese Prognosen nicht eintreten. Trotz des Rückgangs der Inflation sind die Preise nach wie vor hoch, was Haushalte und Unternehmen belastet.

([4]) Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, 2025 — *Report on the euro area*, Begleitunterlage zur Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets (COM(2024) 704 final).

([5]) EZB-Studie zur Inflation, 2023.

2.4. Parallel zum erfolgreichen Inflationsabbau haben sich die Arbeitsmärkte als robust erwiesen und die Befürchtungen widerlegt, dass angesichts der großen makroökonomischen Schocks zahlreiche Arbeitsplätze verlorengehen könnten. Nach Ansicht der Kommission hat die Widerstandsfähigkeit der Arbeitsmärkte entscheidend zur Stützung der Konjunktur beigetragen ([6]). Das stärkste Beschäftigungswachstum war im Dienstleistungssektor zu verzeichnen, vor allem in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien, Finanz- und Versicherungswesen und Immobilien sowie im öffentlichen Sektor. Zwar ist die Beschäftigung im Euro-Raum zwischen Ende 2022 und Mitte 2024 um drei Millionen gestiegen und haben die Reallöhne aufgrund des raschen Rückgangs der Inflation zu steigen begonnen ([7]), doch konnten davon nicht alle Mitgliedstaaten und Regionen profitieren. Erneute Befürchtungen in Bezug auf die geopolitische Situation haben die wirtschaftlichen Erholung gebremst, und in einigen Branchen kam es zu umfangreichen Entlassungen und zahlreichen Insolvenzen.

2.5. Die Kommission stellt fest, dass die Erholung der Kaufkraft aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht vorteilhaft ist und die Gesamtnachfrage stützt. Zu diesem positiven Ergebnis hat auch beigetragen, dass der Euro-Raum in der Lage ist, Schocks abzufedern und sich wieder zu erholen, wie seine Reaktion auf die COVID-19-Pandemie und die Energiekrise gezeigt hat. Insgesamt wird ein allmählicher Anstieg des durchschnittlichen jährlichen Wachstums des realen BIP erwartet. Allerdings gibt es nach wie vor Unterschiede zwischen den Regionen, und die zunehmende geopolitische Unsicherheit kann sowohl die Wachstumsaussichten als auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes gefährden.

2.6. Wie die Kommission berichtet, ist der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen leicht zurückgegangen, doch gibt es nach wie vor soziale Probleme ([8]). Nach den Vorausschätzung von Eurostat wird der Anteil der armutsgefährdeten Personen im Euro-Raum auch 2024 voraussichtlich unverändert bleiben. In einigen Ländern kann der Rückgang des Armutsrisikos teilweise auf eine erhebliche Anhebung der gesetzlichen Mindestlöhne zurückzuführen sein ([9]). Ein Fünftel der EU-Bevölkerung ist jedoch von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

2.7. Die finanzielle Not ist nach einem Anstieg während der Energiekrise bei den Haushalten sowohl mit dem niedrigsten als auch mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich nach wie vor groß. Vor dem Hintergrund gestiegener Preise und Finanzierungskosten ist die finanzielle Not der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen in der EU größer als bei anderen Einkommensgruppen ([10]).

2.8. Da die Wohnkosten weiterhin stärker steigen als die Einkommen, wächst die Sorge um die Erschwinglichkeit von Wohnraum, was sich auf die wirtschaftliche Stabilität, den sozialen Zusammenhalt und das Wohlergehen der Familien auswirkt. Der Mangel an Wohnraum kann auch das längerfristige Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit sowie den sozialen Zusammenhalt beeinträchtigen, da Probleme bei der Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Wohnraum die Mobilität von Arbeitskräften und Einwohnern einschränken können, vor allem wenn keine angemessene Wohnungspolitik dagegengesetzt wird.

2.9. Die geopolitische und geoökonomische Lage birgt die große Gefahr neuer Preissteigerungen ([11]). Darüber hinaus kann auch eine kurzsichtige Innenpolitik entweder auf Ebene der Mitgliedstaaten oder der EU, z. B. als Ergebnis unangemessener Folgenabschätzungen, zum Anstieg der Preise beitragen. Angesichts der sich ständig wandelnden Rahmenbedingungen muss die Situation intensiv überwacht und bewertet werden, und die EU muss gut vorbereitet sein, um möglichen neuen nachteiligen Entwicklungen bei den Lebenshaltungskosten rechtzeitig vorbeugen und entgegenwirken zu können.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

3.1. Die Bewältigung von Krisen umfasst mehrere Elemente und Phasen, wobei die Krisenprävention das vorrangige Ziel ist. Wichtig sind darüber hinaus die Verbesserung der Resilienz gegen Risiken und schließlich die Abmilderung der Auswirkungen, um Schäden zu vermeiden. Dies gilt auch für die Lebenshaltungskosten. Die folgenden Abschnitte dieser Stellungnahme sind entsprechend aufgebaut. Die Standpunkte und Empfehlungen beruhen auf universellen und übergreifenden Grundsätzen und werden durch konkrete Aspekte in Bezug auf einzelne Themenbereiche ergänzt.

([6]) *Strong labour markets dynamics supported income and consumption in the post-pandemic recovery. The unemployment rate stabilized at the historically low [rate] of 6,3 % in October 2024 and the employment rate reached a new record high in 2024, climbing to 75,3 %.* Ebenda, S. 9.

([7]) Laut dem Jahresbericht 2024 der Kommission *Labour market and wage developments in Europe* sind die Reallöhne seit dem ersten Pandemiejahr 2020 um etwa 2 % zurückgegangen: https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/057f23e9-bdc5-11ef-91ed-01aa75ed71a1/language-en.

([8]) Ebenda, S. 13.

([9]) Ebenda, S. 13.

([10]) Ebenda, S. 14.

([11]) Die Erhöhung von Zöllen und Abgaben bringt das Risiko höherer Verbraucherpreise mit sich.

3.2. Die beste Krisenprävention besteht in vorausschauenden Strategien und einer stets soliden und nachhaltigen Politik. Aus der jüngsten Geschichte können wir lernen, dass die Abhängigkeit von russischem Gas ein Fehler war und zu einem starken Anstieg der Energiekosten beigetragen hat. Die Kostensteigerungen griffen auf andere Bereiche der Wirtschaft über und führten zu Inflation. Darüber hinaus wirkt sich der kontinuierliche Anstieg der Wohnkosten dauerhaft negativ auf den Wohlstand und die Kaufkraft aus ([12]).

3.3. Es ist deutlich geworden, dass die Preisstabilität gewahrt werden muss und dass die Preise für lebenswichtige Güter und Dienstleistungen wie Energie sinken müssen. Die bisher verfolgte Energiepolitik hat jedoch zu einer Verschlechterung der Situation vieler Menschen geführt, weil die Maßnahmen nicht zielgerichtet genug waren. In vielen Fällen wurde die ohnehin schwierige Lage noch dadurch verschlimmert, dass unflexible Volkswirtschaften ohne ausreichende strategische Autonomie nicht in der Lage waren, sich anzupassen und schnell genug neue Arbeitsplätze zu schaffen oder neue Energiequellen zu erschließen. Zudem konnten öffentliche Investitionen nicht richtig genutzt und der Wirtschaft nicht die notwendigen Impulse gegeben werden. Einschlägige bewährte Verfahren wurden nicht an alle Mitgliedstaaten weitergegeben.

3.4. Die Energiekrise hat gezeigt, dass die Politik die Probleme umfassend und aus verschiedenen Blickwinkeln angehen muss. So haben sich beispielsweise Anpassungen sowohl bei der Energieversorgung als auch bei der Energienachfrage als unerlässlich erwiesen, und es ist immer deutlicher geworden, dass mehr Sicherheit und Diversifizierung der Versorgung, erschwingliche Preise und Dekarbonisierung gleichzeitig erreicht werden müssen. Zudem ist es wichtig, für Kohärenz der Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen der Politikgestaltung, in allen Politikbereichen und über den ganzen Zeitablauf zu sorgen.

3.5. Die notwendigen Anpassungen in den Volkswirtschaften sind jedoch häufig mit Kosten- und Preissteigerungen verbunden, die alle Bürger betreffen, aber insbesondere die Kaufkraft von Geringverdienern beeinträchtigen. Dies unterstreicht, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte in integrierter Weise berücksichtigt werden müssen und so dass sie sich gegenseitig positiv beeinflussen, um sicherzustellen, dass die Strategien und Maßnahmen fair und effizient sind, unabhängig davon, ob sie den grünen und den digitalen Wandel, Wertschöpfungsketten, soziale Sicherheit, Besteuerung oder andere relevante Themen betreffen.

3.6. Auch aus der COVID-19-Krise können wichtige Lehren gezogen werden. Während der Pandemie waren die Lieferketten beeinträchtigt. Europa war bei vielen strategischen Gütern zu sehr von Einfuhren abhängig. Die Mitgliedstaaten und die Kommission haben seitdem begonnen, Strategien zur Begrenzung der Anfälligkeit von Lieferketten zu entwickeln. Dies kann als erster wichtiger Schritt zur Begrenzung des Risikos externer Schocks und negativer Trends bei den Lebenshaltungskosten angesehen werden.

3.7. Darüber hinaus müssen bei der Analyse der Ursachen für die Entwicklung der Lebenshaltungskosten die demografischen Herausforderungen, die Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung, geopolitische Spannungen, die Migration sowie regionale Unterschiede berücksichtigt werden.

4. **Die Risiken hoher Lebenshaltungskosten begrenzen**

4.1. Die Senkung der Inflation und das Erreichen des Preisstabilitätsziels der EZB sind entscheidend für die Senkung der Lebenshaltungskosten. In diesem Bereich spielt die Geldpolitik eine zentrale Rolle. Neben dem allgemeinen Preisniveau hängen die Lebenshaltungskosten von verschiedenen Faktoren ab, die sich auf die Preise einzelner Waren und Dienstleistungen auswirken. Deshalb sind Maßnahmen in anderen Politikbereichen wie Energie-, Innovations-, Wettbewerbs-, Handels- sowie Steuer- und Ausgabenpolitik usw. erforderlich.

4.2. Die Lebenshaltungskosten stehen in engem Zusammenhang mit Preisen für Lebensmittel und grundlegende Dienstleistungen wie Energie, Wasser, Abwasser, Verkehr, Finanzdienstleistungen und digitale Kommunikation sowie andere Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wie Wohnen, Bildung, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege und -betreuung. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind auch deshalb so wichtig, weil sie in erheblichem Maße zu Wertschöpfung und Beschäftigung beitragen, die Resilienz und den Zusammenhalt der EU stärken und eine wichtige Rolle für einen fairen grünen und digitalen Wandel spielen. Der EWSA weist darauf hin, dass die zentrale Rolle der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Binnenmarkt im Letta-Bericht ([13]) hervorgehoben wird. Ferner wird die fragmentierte Rechtslage im EU-Recht abhängig von den jeweiligen Branchen kritisiert und ein Aktionsplan für qualitativ hochwertige Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gefordert, zu deren Erhalt und Ausbau stabile Steuereinnahmen notwendig sind.

([12]) Zu den Gründen für die Entwicklung der Wohnkosten siehe Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Sozialer Wohnungsbau in der EU — menschenwürdiger, nachhaltiger und erschwinglicher Wohnraum (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/771, 11.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/771/oj).

([13]) Siehe Letta-Bericht, 2024: https://www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf.

4.3. Erschwingliche Dienstleistungen setzen voraus, dass die Infrastruktur, die Produktion und andere angebotsorientierte Aktivitäten ausreichend und effizient sind. Wichtig sind dabei die Zusammenarbeit und eine zweckmäßige Aufgabenverteilung zwischen dem öffentlichen, dem gemeinnützigen und dem privaten Sektor ([14]). Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass allen Menschen erschwingliche grundlegende Dienste bereitgestellt werden. Hochwertige Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erfordern auch eine angemessene Finanzierung und Investitionen sowie die Entwicklung innovativer Ansätze, wie die Ko-Kreation durch Bürger und ihre Organisationen ([15]).

4.4. Die Energiepreise sind nicht nur für Haushalte, sondern auch für viele Unternehmen und insbesondere für energieintensive Branchen von entscheidender Bedeutung. Der EWSA hat sich für eine grundlegende Reform des Energiemarktes ausgesprochen ([16]) mit dem Ziel, niedrigere und stabile Energiepreise für Haushalte und wettbewerbsfähigere Produktionskosten für Unternehmen zu sichern. Die EU sollte langfristig ein dekarbonisiertes Energiesystem mit niedrigeren Energiepreisen anstreben. Die schrittweise Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe sollte so erfolgen, dass die neuen Energiequellen zu Kostensenkungen für Haushalte und Unternehmen und einem geringeren Druck auf die Verbraucherpreise beitragen.

4.5. Zur Verringerung der Produktionskosten und der Anfälligkeit für externe Preissteigerungen ist auch ein wettbewerbsfähiger Zugang zu heimischen Rohstoffen wichtig. Auch ein besserer Zugang zu Finanzmitteln, einschließlich Risikokapital, ist wichtig, damit KMU tätig sein und Arbeitnehmer beschäftigen können. Wenn es gelingt, das Ziel der Kommission umzusetzen, den Verwaltungsaufwand für KMU um 35 % zu verringern, würde sich auch das Geschäftsklima für kleinere Unternehmen bei gleichzeitiger Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards verbessern.

4.6. Gut konzipierte und gerechte Steuerreformen könnten dazu beitragen, die Kosten sowohl für Haushalte als auch für Unternehmen zu senken, Investitionen anzuregen und die Beschäftigung zu erhöhen und dabei unnötigen Steuerwettbewerb zu vermeiden. So hat die Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert ([17]), die Verbrauchsteuern und die Mehrwertsteuersätze auf Strom zu senken, was nicht nur die Energiekosten reduzieren, sondern auch zur Dekarbonisierung beitragen würde.

4.7. Entscheidend für die Verbesserung der Produktivität in jedem Bereich ist Innovation. Deshalb ist es dringend erforderlich, die öffentlichen und privaten Investitionen in die Innovation aufzustocken. Um die Effizienz von Produktion und Verbrauch zu erhöhen, müssen fortschrittliche digitale Technologien entwickelt und eingeführt werden. Eine weitere Voraussetzung für eine höhere Produktivität sind qualifizierte Arbeitskräfte. Darüber hinaus sind Initiativen wie zentrale Anlaufstellen für Fördermittel, Planungssicherheit und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Verwaltungs- und Förderstellen sowie engere Kontakte zwischen Unternehmen und Hochschulen Beispiele dafür, wie Innovation gefördert werden kann.

4.8. Der Binnenmarkt ist für die EU-Bürger von unschätzbarem Wert, da er es ihnen ermöglicht, aus einem breiteren Sortiment von Produkten zu niedrigeren Preisen zu wählen. Viele funktionale Schwachstellen verhindern jedoch, dass die Vorteile des Binnenmarktes in vollem Umfang genutzt werden können. Seine Funktionsweise zu verbessern, erfordert unter anderem eine wirksame Durchsetzung der geltenden Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln, eine Verbesserung der Verfahren im öffentlichen Beschaffungswesen mit klaren Regelungen und Überwachung (insbesondere durch die Öffnung von Ausschreibungen und die Verhinderung von Ausschreibungen mit nur einem Bieter) und Anstrengungen zum Abbau der verbleibenden Hindernisse für alle vier Freiheiten sowie die im Letta-Bericht skizzierte fünfte Freiheit ([18]).

4.9. Ein gut funktionierender Binnenmarkt erfordert auch eine gut funktionierende physische Infrastruktur, auch im Hinblick auf dekarbonisierten Verkehr, Energie und digitale Netze. Investitionen in die Infrastruktur müssen auch Maßnahmen zum Schutz vor Sicherheitsrisiken (sowohl physische als auch Cyber-Bedrohungen) umfassen. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und Zuverlässigkeit verhindern nicht nur Netzstörungen, sondern auch die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Preise.

4.10. Zur Sicherung niedriger Preise müssen außerdem günstige Bedingungen für einen nachhaltigen und fairen Handel geschaffen werden. Dies erfordert eine aktive Verbesserung der Handelsabkommen bei gleichzeitiger Gewährleistung der Gegenseitigkeit und der Einhaltung multilateraler Handelsregeln unter Beachtung der internationalen und europäischen Sozial- und Umweltstandards und -vorschriften. Die Diversifizierung von Partnerschaften und Märkten wird immer wichtiger, um eine übermäßige Anfälligkeit für Preiserhöhungen in der neuen und sich verändernden geoökonomischen Situation zu vermeiden, die durch Protektionismus und Blockbildung gekennzeichnet ist.

([14]) Die Leistungen können entweder von öffentlichen oder privaten Einrichtungen erbracht werden. In vielen Mitgliedstaaten bieten beispielsweise private Anbieter Dienstleistungen etwa im Bereich der Gesundheitsversorgung (niedergelassene Ärzte) oder der Bildung an, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

([15]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Ko-Kreation von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse als Beitrag zur Stärkung der partizipativen Demokratie in der EU“ (Initiativstellungnahme) (ABl. C 486 vom 21.12.2022, S. 76).

([16]) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses — Die Zukunft der Stromversorgung und Strombepreisung in der EU (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2025/1187, 21.3.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/1187/oj).

([17]) Aktionsplan für erschwingliche Energie — Erschließung des wahren Werts unserer Energieunion zur Sicherstellung einer erschwinglichen, effizienten und sauberen Energieversorgung für alle Europäer (COM(2025) 79 final).

([18]) Siehe Letta-Bericht, 2024: https://www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf.

4.11. Zudem sind die Vereinfachung der Rechtsvorschriften, die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und eine Verringerung des nichtproduktiven Verwaltungsaufwands erforderlich, um die Kosten zu reduzieren und Anreize für Innovation, Investitionen und Handel zu schaffen, ohne dabei die Sozial- und Umweltstandards zu senken, was sowohl den Bürgern als auch den Unternehmen zugutekommt.

5. **Die Resilienz gegenüber dem Anstieg der Lebenshaltungskosten stärken**

5.1. Eine solide und stabile Wirtschaft, die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft sind die Eckpfeiler der Resilienz gegenüber Schocks und Krisen. Einerseits erfordert dies ein robustes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das sich auf die Steigerung der Produktivität, der Beschäftigung, der Investitionen und der Marktintegration stützt. Andererseits setzt es die Förderung starker Systeme der sozialen Sicherheit, sozialen Zusammenhalt und die Achtung der Grundrechte und der Belastungsgrenzen des Planeten sowie die Einhaltung der einschlägigen Ziele der EU voraus.

5.2. Die Schaffung von guten Arbeitsplätzen und inklusiver und guter Vollbeschäftigung, die den Menschen, auch solchen mit besonderen Bedürfnissen, ein Leben in Würde ermöglicht und Erwerbsarmut verhindert, ist ein grundlegender Weg zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit und des Zusammenhalts. Dies erfordert ein passendes Umfeld, das Unternehmertum und Unternehmen begünstigt, sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Außerdem muss die Entwicklung der Sozialwirtschaft auf nationaler und EU-Ebene auch durch Investitionen aktiv unterstützt werden.

5.3. Bildung ist von entscheidender Bedeutung, damit Menschen gute Arbeitsplätze und ein besseres Einkommen haben und finanziell gut zurechtkommen. Angesichts des raschen technologischen Wandels in den Volkswirtschaften sind Investitionen in Weiterbildung und Umschulung von entscheidender Bedeutung, damit Menschen in Beschäftigung bleiben bzw. neue Arbeitsplätze finden. Ein gut funktionierender sozialer Dialog und gut entwickelte Tarifverhandlungen im Einklang mit den nationalen Verfahren und die Achtung der Autonomie der Sozialpartner sind zentrale Instrumente, um die arbeitsbezogenen Fragen der Kaufkraft anzugehen und so zum sozialen Zusammenhalt und zu einem menschenwürdigen Leben für alle beizutragen. Der zivilgesellschaftliche Dialog wiederum ist erforderlich, damit die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung der Maßnahmen, die sich auf ihre Lebensbedingungen auswirken, einbezogen werden.

5.4. Auch Bildung und Kompetenzentwicklung sowie technologische und soziale Innovationen sowie die Umstrukturierung von Abläufen sind von entscheidender Bedeutung für die Produktivität. Da die Entwicklung der Produktivität in Europa weiterhin hinter der der USA und anderer wichtiger Handelspartner zurückbleibt ([19]), sind deutlich mehr Investitionen in Forschung und Innovation sowie in die allgemeine und berufliche Bildung unerlässlich ([20]). Eine wichtige Rolle spielt dabei das Hochschulsystem.

5.5. Generell sind investitionspolitische Maßnahmen wichtig, um die Flexibilität und Beständigkeit von Volkswirtschaften zu erhöhen. Im Draghi- und im Letta-Bericht wird betont, dass sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor mehr investiert werden muss. Öffentliche wie auch private Investitionen sind für die Entwicklung der Infrastruktur erforderlich, einschließlich der physischen und sozialen Infrastruktur, von den Bereichen Energie, Wohnraum, Digitales und Verkehr bis hin zu Bildung, Gesundheitsfürsorge und sozialen Dienstleistungen. Für diese wichtigen langfristigen Investitionen muss jederzeit eine ausreichende Finanzierung sichergestellt sein.

5.6. Eine Vereinfachung der Vorschriften, eine angemessene Raumplanung sowie Forschung und Innovation können die Bautätigkeit beschleunigen und die Baukosten senken. Angemessene Investitionen in Wohnraum werden immer wichtiger. Besonderes Augenmerk sollte auf erschwinglichen Wohnraum für junge Menschen gelegt werden, die stark von hohen Wohnkosten betroffen sind, sowie auf Sozialwohnungen als wesentlichem und vielversprechendem Instrument einer aktiven Wohnungspolitik. Aktuell beschränkt sich die Wohnungspolitik auf Haushalte mit den niedrigsten Einkommen. Dieser Ansatz sollte überarbeitet und stattdessen das Beihilferecht entsprechend den Regeln für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse angepasst werden. Der Aspekt Behinderung sollte in allen Wohnungsbauprogrammen durchgängig berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass Wohnraum nicht nur erschwinglich und nachhaltig, sondern auch für alle barrierefrei zugänglich ist. Darüber hinaus sollten Wohnungsindikatoren in die nationalen Reformprogramme und die Stabilitäts-/Konvergenzprogramme aufgenommen werden.

([19]) Nach der AMECO-Datenbank liegt das europäische Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparitäten (KKP) pro Arbeitsstunde im Jahr 2023 bei 77,8 % des US-Niveaus.

([20]) Da die europäischen Unternehmen deutlich weniger in Forschung und Entwicklung investieren als die Unternehmen in den USA und China, sollte nach Auffassung des EWSA dringend die Investitionsquote erhöht werden. (Siehe Europäisches Parlament, *Ten issues to watch in 2025*, Seite 6).

5.7. Private Investitionen sind in erster Linie sowohl für die Gründung neuer Unternehmen als auch für das Wachstum bestehender Unternehmen wichtig, zumal damit Arbeitsplätze geschaffen werden und die Produktivität gesteigert wird. Die veränderten geopolitischen Bedingungen erfordern auch mehr Investitionen zur Stärkung der Produktionskapazitäten innerhalb der EU. Eine moderne, innovationsorientierte und umfassende Industriepolitik spielt bei den Bemühungen um die Reindustrialisierung Europas eine Schlüsselrolle.

5.8. Die Bedeutung der Marktintegration für den Schutz der Europäer vor Preisschocks darf nicht unterschätzt werden. Mehr als 30 Jahre nach der Schaffung des Binnenmarktes ist es der EU noch immer nicht gelungen, ihre Größe (440 Millionen Verbraucher, 23 Millionen Unternehmen) voll auszuschöpfen. Die Vertiefung des Binnenmarktes würde nicht nur zu erheblichen Effizienz- und Wohlfahrtsgewinnen führen, sondern auch die Resilienz und die wirtschaftliche Sicherheit der EU unter den veränderten geopolitischen Bedingungen verbessern. Hinzu kommen Diversifizierung und Risikominderung internationaler Partnerschaften, des Handels und der Lieferketten. Der Schwerpunkt der stärkeren Marktintegration sollte deshalb auf der weiteren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie des sozialen Zusammenhalts und der Lebensbedingungen liegen.

5.9. In Bezug auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen stehen die politischen Entscheidungsträger nach mehreren Jahren expansiver Haushaltspolitik aufgrund von zwei beispiellosen Krisen vor der Aufgabe, sich Strategien zur Haushaltskonsolidierung zuzuwenden, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu stärken und gleichzeitig die Investitionen zu erhöhen. Die jüngste Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung unterstützt mittelfristige Strategien zur Anpassung der Haushalte, die auf die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Volkswirtschaften zugeschnitten sind. Darüber hinaus soll sie Strukturreformen und Investitionen fördern, die zur Modernisierung der Volkswirtschaften beitragen, ihre Resilienz und ihr Wachstumspotenzial erhöhen und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherstellen ([21]).

6. **Die Auswirkungen des Anstiegs der Lebenshaltungskosten abmildern**

6.1. Unter allen Umständen sollte eine sorgfältig konzipierte Wirtschafts- und Sozialpolitik umgesetzt werden. Der rasche Anstieg der Lebenshaltungskosten macht jedoch auch konkrete Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen erforderlich, insbesondere für schutzbedürftige Menschen. Sozial Schwache sind von den hohen Lebenshaltungskosten am stärksten betroffen, da die grundlegenden Lebenskosten den größten Teil ihres Einkommens ausmachen, was die Ungleichheiten verstärkt und zu gesundheitlichen Problemen und sozialer Ausgrenzung führen kann. Deshalb sind konkrete Maßnahmen (z. B. Klima-Sozialpläne), eine sorgfältige Ausrichtung und angemessene Folgenabschätzungen erforderlich, um sicherzustellen, dass die zu ergreifenden Maßnahmen effizient und zweckmäßig sind. Dies erfordert eine angemessene Datenerhebung und Überwachung der Situation.

6.2. Im Allgemeinen verringern erschwingliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse die Belastungen für benachteiligte Menschen. Mindestlöhne und Maßnahmen zu einer bedarfsabhängigen Unterstützung der Einkommen tragen ebenfalls zu ihrem Schutz bei. Gleichzeitig gilt es, erhebliche Nebenwirkungen zu vermeiden. Wichtig ist auch die Entwicklung vielfältiger Aktivitäten der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit wie Lobbyarbeit, spezielle Beratungsstellen, Selbsthilfestrukturen und maßgeschneiderte Dienstleistungen.

6.3. Die Folgen geldpolitischer Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation, wie etwa Zinserhöhungen, wirken sich auf die gesamte Gesellschaft aus. Gegenmaßnahmen können notwendig sein, um bestimmte Bevölkerungsgruppen mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Beispiele für Unterstützungsmaßnahmen, die in den Mitgliedstaaten häufig eingesetzt werden, sind Wohngeld, Mietzuschüsse und Unterstützungsmaßnahmen in Bezug auf Energie und Verkehr sowie eine Erhöhung des Kindergelds.

6.4. Eine Senkung bestimmter Steuern kann dem allgemeinen Preisanstieg entgegenwirken und Belastungen mildern. Als die Energiepreise auf dem Weltmarkt stiegen, haben mehrere Mitgliedstaaten die Kraftstoff- und Energiesteuern gesenkt. Viele der Abhilfemaßnahmen, wie Steuersenkungen und verstärkte öffentliche Unterstützung, sind Sache der nationalen Haushalte. Die Neuverwendung kontraproduktiver Subventionen und die Bekämpfung der informellen Wirtschaft könnten in dieser Hinsicht sinnvoll sein.

([21]) Ebenda, S. 38.

6.5. Bei jeder Änderung der Besteuerung oder der Subventionen ist es wichtig, die Ziele klar festzulegen und die Auswirkungen gründlich zu analysieren, um unbeabsichtigte wirtschaftliche, soziale oder ökologische Folgen, auch für künftige Generationen, zu vermeiden. Unlauterer Steuerwettbewerb muss unter Gewährleistung eines wettbewerbsorientierten Steuerumfelds auch gegenüber anderen Wirtschaftsblöcken vermieden werden.

Brüssel, den 17. Juli 2025

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE